

Juli 2024

Länderbericht

Länderbüro Thailand



Thailands Streben nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Versuche und Rückschläge seit der Regierungsbildung im Jahr 2023

Dr. Céline-Agathe Caro, Sarita Piyawongrungruang

Nach einem Jahrzehnt unter einer Militärjunta (2014-2019) und einer vom Militär dominierten Regierung (2019-2023) fanden in Thailand im Mai 2023 Parlamentswahlen statt. Die Wahlen deuteten eine klare Ablehnung von pro-militärischen und konservativen Gruppierungen an. Die Pheu-Thai-Partei (PTP), die bei den Wahlen den zweiten Platz belegte, bildete eine Regierungskoalition mit elf anderen Parteien. Darunter sind konservative und militärisch ausgerichtete Fraktionen wie die United Thai Nation (UTN) unter der Führung des ehemaligen Premierministers Prayuth Chan-ocha. General Prayuth war der Drahtzieher des Militärputsches 2014, durch den die damalige PTP-Regierung gestürzt wurde. In der Zwischenzeit bleibt der Wahlsieger von 2023, die progressive und reformorientierte Move-Forward-Partei (MFP), die landesweit 14 Millionen von rund 39 Millionen Stimmen erzielte, mit 151 Abgeordneten in der Opposition und stellt damit die größte Fraktion in der Nationalversammlung. Premierminister Srettha Thavisin und seine Minister haben wiederholt betont, dass Thailand demokratischen Grundsätzen verpflichtet ist. Jedoch stuft Freedom House im März 2024 Thailand in seinem Jahresbericht zu politischen und bürgerlichen Rechten mit 36 von 100 Punkten nur als "teilweise frei" ein.¹ Dieser Länderbericht stellt die Herausforderungen dar, denen sich Thailand seit der Regierungsbildung 2023 in seinem Streben nach Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit gegenüber sieht, sowie die Bemühungen, diese Hürden zu bewältigen.

Das Verhängnis des Wahlsiegers

Pita Limjaroenrat, ehemaliger Vorsitzender der MFP und Kandidat für das Amt des Premierministers, wurde im Januar 2024 wieder in das Parlament aufgenommen. Sein Status als Abgeordneter war während der Abstimmung über das Amt des Premierministers im letzten Sommer wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die Wahlvorschriften ausgesetzt worden.² Das Verfassungsgericht wertete später die Wahlkampagne der MFP zur Reform von Artikel 112 (Gesetz zur Majestätsbeleidigung)³ als Versuch, die Monarchie zu stürzen, und wies die MFP an, alle derartigen Pläne einzustellen. Das Urteil löste Sorgen über eine mögliche Auflösung der Partei und ein lebenslanges politisches Verbot für ihre Führungskräfte, darunter Pita Limjaroenrat, aus. Daraufhin reichte die Wahlkommission im März beim Verfassungsgericht eine Petition zur Auflösung der MFP ein. Anfang Juli 2024 steht eine Entscheidung in diesem Fall noch aus. Abgesehen von der drohenden Parteiauflösung werden 44 Abgeordnete der MFP, die eine Änderung von Artikel 112 vorgeschlagen haben, beschuldigt, gegen den Ethikkodex für Beamte⁴ verstoßen zu haben. Deshalb droht ihnen ein politisches Verbot.

Zusätzlich sind drei Abgeordnete der MFP, alles ehemalige politische Aktivisten, wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, wobei zwei von ihnen bereits verurteilt wurden und Berufung eingelegt haben, während im dritten Fall das Urteil noch aussteht. Wenn Parlamentarier ohne Kautionszahlung verurteilt werden, riskieren sie den Verlust ihres Abgeordnetenstatus.

Rechtsstreitigkeiten innerhalb der Regierungskoalition

Im Februar 2024 wurde der ehemalige Premierminister Thaksin Shinawatra auf Bewährung entlassen. Er war kurz vor der erfolgreichen Regierungsbildung seiner PTP aus einem 15-jährigen Exil zurückgekehrt. Thaksin, der bei seiner Ankunft im August 2023 wegen Korruption und Machtmissbrauchs verhaftet wurde, verbrachte aufgrund angeblicher gesundheitlicher Probleme seine Haft in der VIP-Abteilung eines Polizeikrankenhauses. Nachdem er ursprünglich zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden war,

wurde seine Haftstrafe durch eine königliche Begnadigung auf ein Jahr verkürzt. Dies rief in der Öffentlichkeit Kritik an der bevorzugten Behandlung gegenüber anderen politischen Gefangenen hervor. Ende Mai 2024 wurde der ehemalige Premierminister allerdings vom Büro des Generalstaatsanwalts wegen eines Interviews mit einer südkoreanischen Zeitung aus dem Jahr 2015 nach Artikel 112 und dem Gesetz über Computerkriminalität angeklagt. Im Falle einer Verurteilung drohen ihm bis zu 15 Jahre Gefängnis. Das Verfahren für Lèse-Majesté-Anklagen ist für seine fehlende Unschuldsvermutung berüchtigt. Es führt in der Regel zu Untersuchungshaft und Verweigerung der Kautions für politische Aktivisten. Der ehemalige Premierminister wurde jedoch gegen eine Kautions von 500.000 THB (ca. 13.513 EUR) freigelassen.

Im April 2024 nahmen konservative Kreise auch Thaksins Verbündete in der aktuellen Regierung ins Visier: 40 Senatoren reichten eine Petition ein, um Premierminister Srettha Thavisin seines Amtes zu entheben, da er Thaksins ehemaligen Anwalt, der zuvor wegen Korruption verurteilt worden war, in ein Regierungsamt berufen hatte. Das Gericht nahm den Fall an und setzte weitere Verfahren für die kommenden Monate an.

Diese juristischen Auseinandersetzungen geben Anlass zu Spekulationen über die Stabilität der von der PTP und den konservativen Eliten gebildeten Koalition: Zwei Clans, die sich in den letzten Jahrzehnten bekämpft haben, sich aber letzten Sommer zusammenschlossen, um die MFP an der Regierungsbildung zu hindern. Die derzeitige Situation kann auch als eine Form von "Lawfare" interpretiert werden, die darauf abzielt, den politischen Prozess zu kontrollieren und die Interessen der konservativen Eliten und des Militärs zu schützen.

Lage der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten

Während Thailand Fortschritte bei der Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe und der Anerkennung der Geschlechtervielfalt⁵ erzielt hat, bestehen weiterhin Bedenken hinsichtlich der bürgerlichen und politischen Rechte. Nach einer Reihe von von Studierenden angeführten Demonstrationen in den Jahren 2020 bis 2022 wurden in 1.295 Fällen insgesamt 1.954 Personen wegen der Teilnahme an öffentlichen Versammlungen oder der Äußerung ihrer politischen Ansichten angeklagt.⁶ Zu den häufigsten Delikten gehören Majestätsbeleidigung (Artikel 112) sowie Aufruhr und Verstöße gegen die Notstandsverordnung. Mitte Mai 2024 machte der Tod durch Herzstillstand der prominenten jungen Aktivistin, Netiporn "Bung" Sanesangkhom (28), in der Haft auf die Lage der bürgerlichen Freiheiten und Rechte aufmerksam. Sie war Teil einer Jugendbewegung, die sich für eine Reform des Lèse-Majesté-Gesetzes einsetzt, und befand sich seit dem 26. Januar 2024 in Haft, wo sie einen Hungerstreik begonnen hatte. Ihr Tod gab Anlass zu ernster Besorgnis über mögliche Verstöße gegen internationale rechtliche Standards in Bezug auf die Unschuldsvermutung, die Untersuchungshaft und das Recht auf Kautions. Darüber hinaus löste ihr Tod öffentliche Diskussionen über eine Änderung des Gesetzes zur Majestätsbeleidigung, eine Justizreform und ein umfassendes Amnestiegesetz aus (siehe unten).

Laut Amnesty International hat sich die Menschenrechtssituation unter der von der PTP geführten Regierung noch nicht verbessert.⁷ Berichte der zivilgesellschaftlichen Organisation „Thai Lawyers for Human Rights“ weisen auf anhaltende Schikanen gegen politische Aktivisten sowie eine Zunahme der Verfolgungen und Verurteilungen im Zusammenhang mit Lèse-Majesté und anderen politisch motivierten Fällen seit der Bildung der neuen Regierung hin: 2023 und 2024 erreichte die Zahl der inhaftierten politischen Aktivisten und Aktivistinnen innerhalb der letzten vier Jahre ihren Höhepunkt.⁸

Umstrittenes Referendumsverfahren für künftige Verfassungsänderungen

Im Vorfeld der Wahlen 2023 hatten mehrere Parteien, darunter auch die PTP, dringende Änderungen an der Verfassung von 2017 in Aussicht gestellt. Die Verfassung wurde von der Militärjunta nach dem Putsch von 2014 ausgearbeitet. Die Verfassungsänderung ist deshalb ein politisches Aushängeschild vieler Parteien. Im April 2024 bestätigte das Kabinett das Konzept, dass für eine Verfassungsänderung drei Referenden erforderlich wären. Das erste Referendum würde fragen, ob die Wähler der Notwendigkeit einer neuen Verfassung zustimmen. Wenn die Mehrheit zustimmt, würde in einem zweiten Referendum darüber abgestimmt werden, ob Abschnitt 256, der eine bedeutende Hürde für die Neufassung der Verfassung darstellt, geändert werden soll. Dies würde den Weg für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung ebnen. Das dritte Referendum würde dann die Entscheidung der Wähler darüber einholen, ob die vorgeschlagene Verfassung angenommen werden soll. Die laufenden Diskussionen konzentrieren

sich auf die Fragestellung des ersten Referendums. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben mehr als 200.000 Unterschriften gesammelt und fordern eine umfassende Neufassung der Verfassung durch eine demokratisch gewählte *Constitution Drafting Assembly* (Versammlung zum Ausarbeiten der Verfassung). Ihrer Meinung nach sollte die erste Frage lauten: "Stimmen Sie zu, dass das Parlament den gesamten Text der Verfassung von 2017 durch die Mitglieder der Versammlung zum Ausarbeiten der Verfassung, die vom Volk gewählt werden muss, ändern muss?"⁹ Die Regierung würde es jedoch vorziehen, einige Teile der Verfassung vom Änderungsprozess auszuschließen, indem sie die Bürger fragt, ob sie "mit dem Vorschlag zur Änderung der Verfassung einverstanden sind, mit Ausnahme der Abschnitte 1 und 2, die sich mit den allgemeinen Bestimmungen und dem König befassen".¹⁰ Diese zweite Option zielt darauf ab, die konstitutionelle Monarchie zu erhalten und die Privilegien des Königs vollständig zu schützen.

Pongthep Thepkanjana, ehemaliges Mitglied des Komitees zum Referendum und Mitglied des Ausschusses zur Ausarbeitung der Verfassung von 1997, betont, dass die Staatsform trotz der eventuellen Änderung der Abschnitte 1 und 2 nicht geändert werden könne. Er fügt hinzu, dass beide Abschnitte in fast allen Verfassungen regelmäßig überarbeitet wurden.¹¹ Die MFP äußert Bedenken und verweist auf mögliche rechtliche Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung anderer relevanter Abschnitte der Verfassung. Dazu betont die MFP, dass die neue Verfassung dazu beitragen sollte, die seit langem bestehende politische Polarisierung Thailands zu beheben und einen neuen gesellschaftlichen Konsens zu schaffen.¹² Sirote Klampaiboon, ein unabhängiger Akademiker und politischer Kommentator, betonte während eines öffentlichen Seminars¹³ am 14. Juni 2024 die Notwendigkeit klarer und eindeutiger Referendumsfragen, die den Willen des Volkes repräsentieren können. Im Rahmen desselben Seminars schätzten die Experten, dass die neue Verfassung aufgrund des komplexen Prozesses nicht vor Ende 2027 in Kraft treten wird.

Die Wahl des Senats

Nach den Parlamentswahlen im Mai 2023 verhinderten fast alle 250 Senatoren, die 2018 von der Militärregierung ernannt worden waren, die Regierungsbildung der MFP. Die fünfjährige Amtszeit des Senats endete allerdings im Mai 2024. Daraufhin wurden im Juni Senatswahlen abgehalten, wie in der aktuellen Verfassung vorgesehen. Um Kandidaten zu ermutigen, sich zu bewerben, wurden Kampagnen durchgeführt, in denen die Rolle des Senats bei der Gestaltung politischer Entscheidungen, wie Vorschläge zur Verfassungsänderung und das Ernennen von Richtern und Behörden, betont wurde.¹⁴ Die neuen 200 Senatoren werden jedoch – anders als 2019 und 2023 – nicht länger an der Wahl des Premierministers teilnehmen. Der neue Senat wird aus verschiedenen sozialen und beruflichen Gruppen ausgewählt, um eine breite Repräsentation der Bevölkerung zu gewährleisten, obwohl das vorgeschriebene Mindestalter von 40 Jahren viele junge, politisch aktive Thais ausschließt. Darüber hinaus können nur Bürger, die eine Gebühr von 2.500 THB (ca. 68 EUR) zahlen, offiziell kandidieren. Diese Voraussetzung stellt eine zusätzliche Hürde für die Inklusion aller Bürger dar. Kritiker bezeichneten das Wahlverfahren als "das komplizierteste der Welt"¹⁵, da es ein "gruppeninternes Wahlsystem" beinhaltet.¹⁶ Bei diesem System müssen die Kandidaten derselben sozialen und beruflichen Gruppe untereinander abstimmen. Es gibt insgesamt 20 Gruppen, z. B. eine für den Bildungssektor, eine für Vertreter von Recht und Justiz, eine für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ethnische Gruppen, usw.¹⁷ Die fünf besten Finalisten jeder Gruppe kommen in die nächste Runde, in der sie nun für Kandidaten aus anderen sozialen und beruflichen Gruppen stimmen müssen. Dieses Wahlverfahren fand im Juni auf drei verschiedenen Ebenen statt: auf Bezirks-, Provinz- und Landesebene. Diejenigen, die es unter die zehn besten Kandidaten ihrer jeweiligen Gruppe auf nationaler Ebene schaffen, werden Senatoren.

Während des Bewerbungszeitraums sah sich die Wahlkommission der Kritik ausgesetzt, weil sie Vorschriften erlassen hatte, die es den Kandidaten untersagten, über Politik oder Wahlprogramme zu diskutieren und soziale Medien für den Wahlkampf zu nutzen. Diese Vorschriften wurden vor Gericht angefochten und anschließend aufgehoben. Für Sunai Phasuk, Experte vom Human Rights Watch Büro in Bangkok, sind die Senatswahlen von Grund auf fehlerhaft, da das Wahlsystem darauf ausgerichtet sei, den Status quo zu erhalten.¹⁸ Gemäß des *Department of Provincial Administration* (Behörde für Provinzverwaltung) erfüllten am Ende des Registrierungszeitraums 48.117 Bewerber alle Anforderungen, was weniger als der Hälfte der erwarteten Anzahl entspricht. Die Ergebnisse der Senatswahlen werden im Juli erwartet.

Amnestiegesetz

Im Laufe von fast zwei Jahrzehnten hat Thailand zwei erfolgreiche Militärputsche (2006 und 2014) und zahlreiche Straßenproteste erlebt, die oft zu Verletzten, Gewalt und strafrechtlicher Verfolgung führten. Die letzten Proteste in den Jahren 2020-2022 führten zu politischen Verfolgungen, die sich insbesondere gegen die jüngere Generation richteten. Um der seit langem bestehenden Polarisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken und eine gesellschaftliche Aussöhnung anzustreben, ist die Gewährung von Amnestie für politische Fälle zu einem zentralen Diskussionspunkt zwischen Parteien geworden. Sowohl die konservativen als auch die pro-demokratischen Parteien unterstützen diese Idee. Ihre Vorschläge unterscheiden sich jedoch in Bezug auf den Zeitplan, die zu berücksichtigenden Fallkategorien und die Zusammensetzung des Amnestieausschusses. Zusätzlich zu den Vorschlägen der politischen Parteien hat ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen einen Gesetzesentwurf zur „Amnestie für die Bevölkerung“ eingebracht. Dieser Entwurf soll politische Fälle von allen Seiten einbeziehen, schließt allerdings Beteiligte an den Militärputschen und Regierungsbeamte, die übermäßige Gewalt gegen Zivilisten angewandt haben, von der Amnestie aus. Die Auslegung des Begriffs "politische Fälle", insbesondere die Frage, ob Majestätsbeleidigung einbezogen werden sollte, ist nach wie vor umstritten. Die konservativen und pro-militärischen Parteien schließen Straftaten nach Artikel 112 von einer Amnestie ausdrücklich aus, während der Entwurf der reformorientierten MFP diese Entscheidung dem Amnestiekomitee überlassen möchte. Die regierende PTP geht das Thema Amnestie aufgrund vorheriger Erfahrungen vorsichtig an: ihr Versuch, 2013 eine Generalamnestie zu gewähren, führte zu anhaltenden Straßenprotesten und schließlich zum Militärputsch von 2014. Die neueste Anklage wegen Majestätsbeleidigung gegen den ehemaligen Premierminister Thaksin Shinawatra hat die Partei jedoch dazu gezwungen, Stellung zu Amnestiegesetzen zu beziehen.

Fazit

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten haben die Beziehungen zu Thailand seit dem Übergang zu einer zivilen Regierung intensiviert. Die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Thailand, die seit dem Putsch von 2014 pausierten, wurden im März 2023 wieder aufgenommen. Thailand strebt den Abschluss des Abkommens bis 2025 an. Darüber hinaus kündigte Thailand im September 2023 seine Kandidatur für den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für die Amtszeit 2025-2027 an. Das Königreich strebt auch die Mitgliedschaft in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) an. Es wird erwartet, dass diese Entwicklungen zu verschiedenen Anpassungen an internationale Standards in Thailand führen und die derzeitigen Bemühungen vieler Interessengruppen, Experten, Akademiker, Nichtregierungsorganisationen und Bürger zur Stärkung der thailändischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unterstützen werden.

Quellenangaben

1. Freedom House, "FREEDOM IN THE WORLD 2024: Thailand", 01.03.2024, <https://freedomhouse.org/country/thailand/freedom-world/2024>
2. Zu den Wahlen im Mai 2023, Pita's Sperre, und der Regierungsbildung im September 2023, siehe Dr. Céline-Agathe Caro, Sarita Piyawongrungruang, [Parlamentswahlen in Thailand](#) (12.04.2023) und [Thailands neue Regierung – Koalition der Erzfeinde gegen politischen Wandel](#) (11.09.2023), Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung eV.
3. Das Gesetz zur Majestätsbeleidigung, bzw. Artikel 112 des thailändischen Strafgesetzbuchs, stellt kritische Äußerungen über die Königsfamilie unter Strafe und kann zu einer Freiheitsstrafe von 3 bis 15 Jahren führen.
4. Der Ethikkodex betrifft ursprünglich vor allem Bedienstete im Justizwesen und in der öffentlichen Verwaltung. Er wird allerdings auch bei Abgeordneten, dem Senat und Kabinettsmitgliedern angewandt.
5. CNN, "'Monumental step forward': Thailand to become first Southeast Asian nation to legalize same-sex marriage", 18.06.2024, <https://edition.cnn.com/2024/06/18/asia/thailand-same-sex-marriage-intl-hnk/index.html>
6. Thai Lawyers for Human Rights, "April 2024: 1,295 cases have been filed against 1,954 people", 20.05.2024, <https://tlhr2014.com/en/archives/67085>
7. Asia News Network, "Thailand's human rights record remains dismal, says Amnesty International", 30.04.2024, <https://asianews.network/thailands-human-rights-record-remains-dismal-says-amnesty-international/>

8. Thai Lawyers for Human Rights, "Exploring the situation of political cases, threats against political activists after seven months of Srettha's government and during parliamentary general debates (in Thai)", 03.04.2024, <https://tlhr2014.com/archives/66097>
9. The Nation, "iLaw wants question framed by it to be used for charter referendum", 14.08.2023, <https://www.nationthailand.com/thailand/politics/40030209>
10. Bangkok Post, "First referendum will ask public just one question", 27.12.2023, <https://www.bangkokpost.com/thailand/politics/2713601/first-referendum-will-ask-public-just-one-question>
11. iLaw, "Pongthep confirms Constitutional Monarchy cannot be changed, but Section 1 and 2 are changeable (in Thai)", 15.12.2023, <https://www.ilaw.or.th/articles/6349>
12. The Standard, "Chaithawat asks the government why Section 1 and 2 of the Constitution cannot be amended, while Phumtham answers do not obsess over the matter as we have to find common ground to move forward (in Thai)", 11.01.2024, <https://thestandard.co/chaithawat-asked-the-gov-amending-the-constitution/>
13. Das Seminar wurde vom Institute of Democratisation Studies (IDS), dem King Prajadhipok Institute (KPI) und der KAS Thailand am 14. Juni 2024 in Bangkok organisiert.
14. Die Verfassung von 2017 sieht Pflichten und Befugnisse des Senats vor, wenn es darum geht, eine Person für die Übernahme von Ämtern in Organen gemäß der Verfassung zuzulassen, d.h. Richter des Verfassungsgerichts, Wahlkommissare, Ombudsleute, Mitglieder der Nationalen Antikorruptionskommission, Mitglieder der Nationalen Menschenrechtskommission, usw.
15. Thai PBS World, "A guide to Thailand's next Senate and 'the most complicated election in the world'", 17.04.2024, <https://www.thaipbsworld.com/a-guide-to-thailands-next-senate-and-the-most-complicated-election-in-the-world/>
16. iLaw, "2024 Thai Senate Selection, Explained", 03.03.2024, <https://www.ilaw.or.th/articles/20706>
17. Für die vollständige Liste aller 20 sozialen und beruflichen Gruppen für die Senatswahl, siehe: [https://www.idea.int/sites/default/files/2024-05/Thai%20senate%20election%20infographics%20\(1\).png](https://www.idea.int/sites/default/files/2024-05/Thai%20senate%20election%20infographics%20(1).png)
18. Human Rights Watch, "Thailand's Upcoming Senate Election Fundamentally Flawed", 02.05.2024, <https://www.hrw.org/news/2024/05/02/thailands-upcoming-senate-election-fundamentally-flawed>

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Céline-Agathe Caro
Leiterin des Auslandsbüros Thailand
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de / celine.caro@kas.de

Foto: ©iLaw TH Ein Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Organisationen überreichte mehr als 200.000 Unterschriften für einen Vorschlag der Fragestellung des ersten Referendums an den ehemaligen Vorsitzenden der Pheu-Thai-Partei, Cholnan Srikaew, am 28. August 2023 in der Parteizentrale in Bangkok.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)